

Bankenregeln auf der Zielgeraden

Der Bundesrat entscheidet nächste Woche

Der Bundesrat soll nächste Woche die Umsetzung der Grossbankenregulierung und die Verschärfung der Eigenmittelregeln für das Hypothekengeschäft verabschieden. Nationalräte haben diese Woche interveniert.

hus. · Das Parlament kann im Prinzip ins Gesetz schreiben, was es will. So schrieb es letztes Jahr das Kuriosum ins Bankengesetz, dass der Bundesrat die Umsetzung von Kernpunkten der neuen Grossbankenregulierung via Verordnung dem Parlament zur Genehmigung vorlegen muss. Das Parlament kann dann zwar formell nur Ja oder Nein zu diesen Verordnungspunkten sagen, hat aber subtilere Einflussmöglichkeiten durch die Wirtschaftskommissionen (WAK) während des Konsultationsverfahrens. Die nationalrätliche WAK hat diese Woche drei Änderungsempfehlungen an den Bundesrat beschlossen. Die Beschlüsse fielen dem Vernehmen nach jeweils mit einer hauchdünnen Mehrheit von 13 zu 12 Stimmen (mit SVP, FDP und Grünliberalen im Ja-Lager).

Kritik der Grossbanken

Die Empfehlungen folgen zentralen Kritikpunkten, welche die Grossbanken zuletzt nochmals vorgebracht hatten. Zum einen soll die Verordnung laut WAK klarstellen, dass die Finanzmarktaufsicht Finma im Krisenfall Spielräume hat – also nicht automatisch den Notfallplan aktivieren muss, wenn eine Grossbank die massgebende Eigenkapital-schwelle unterschritten hat. Zum Zweiten will die WAK auch die Klarstellung,

dass die Grossbanken nicht wegen Eigenkapitalanforderungen einzelner Konzerngesellschaften faktisch auf der Stufe der Gesamtgruppe eine Vorgabe einhalten müssen, die über den wiederholt deklarierten politischen Willen hinausgeht (Eigenmittelminimum von 19% der risikogewichteten Aktiven auf Basis der Bankengrössen von Ende 2009).

Mit diesen beiden Empfehlungen rennt die WAK beim Bund offene Türen ein, wie das Finanzdepartement (EFD) betont. Schon wiederholt hat das EFD schriftlich und mündlich festgehalten, dass die Finma im Krisenfall Urteilsspielräume hat und damit kein Automatismus für die Auslösung des Notfallplans existiert. Wiederholt zugesichert hat das EFD auch, dass die Eigenmittelvorgaben auf Gruppenstufe nicht faktisch durch eine Summierung von Anforderungen für einzelne Konzerngesellschaften verschärft werden. Eine Verankerung der vielzitierten 19% als maximale Eigenkapitalanforderung in der Verordnung ist allerdings nicht vorgesehen, weil dies keine fixe Grösse ist, sondern von Bilanzgrössen und Marktanteilen der Grossbanken abhängt. Die besagten 19% beruhen auf den Bankdaten von Ende 2009, zurzeit wären es dem Vernehmen nach wegen der Schrumpfung der Grossbanken in den letzten Jahren nur noch etwa 18%.

Mit der dritten Änderungsempfehlung will die nationalrätliche WAK derweil sicherstellen, dass die Finma nicht alle Details über ihre Verfügungen zu den Eigenmittelanforderungen für die Grossbanken publizieren muss. Vorgesehen ist nun laut EFD, dass nur das Ergebnis der Verfügung (die effektiv einzuhaltende Eigenkapitalanforderung in Prozent der risikogewichteten Aktiven) publiziert wird. Die Verordnung zur

Umsetzung der Grossbankenregulierung soll in der Herbstsession durch beide Parlamentskammern gehen und auf Anfang 2013 in Kraft treten. Der Bundesrat will seine Botschaft ans Parlament nächste Woche verabschieden.

Hypotheken im Visier

An der gleichen Sitzung will die Regierung auch über die Möglichkeit eines zusätzlichen Eigenmittelpuffers der Banken von bis zu 2,5% der massgebenden Eigenmittel in Boomzeiten sowie über die Verschärfung der Eigenmittelanforderungen für gewisse Risikohypotheken entscheiden. Diese Änderungen müssen nicht ins Parlament und sollen bereits per Anfang Juli in Kraft treten.

Ob die Behörden dann die Option des zusätzlichen Eigenmittelpuffers angesichts der Sorgen um Überhitzungen am Immobilienmarkt rasch und im maximalen Umfang anwenden werden oder ob sie zuerst die Wirkungen der neuen Hypothekenregeln abwarten, ist noch nicht ganz klar. Die neuen Hypothekenregeln sollen jedenfalls sofort nach der Inkraftsetzung wirken. Banken werden Hypotheken mit Belehnungen von über 80% des Immobilienwertes mit einem Drittel mehr Eigenkapital unterlegen müssen als bisher. Zudem hat sich die Branche nach zähen Bemühungen auf eine neue Selbstregulierung geeinigt, welche die Finma noch genehmigen muss. Demnach dürfen sich Hypothekarkunden künftig aus vorbelegenen Pensionskassengeldern höchstens noch 10% des Immobilienwertes als Eigenkapital anrechnen lassen. Zudem werden Hypotheken mit Belehnungsquoten über 66,6% mit Amortisationspflichten verbunden sein.

Fokus der Wirtschaft, Seite 31

Katalonien braucht rasch staatliches Geld

Hilfegesuch an Madrid

cdw. Madrid · Spaniens Mittelmeerregion Katalonien muss in diesem Jahr mehr als 13 Mrd. € umschulden. Regional-Regierungschef Artur Mas richtete am Freitag einen dramatischen Appell an den Staat, dass man diese Last nicht ohne finanzielle Hilfe aus Madrid tragen könne. Die Konjunktur der Region könne sich nicht erholen, solange man die ausstehenden Rechnungen nicht begleichen könne, so Mas.

Das wirtschaftsstarke Katalonien, das einen Fünftel zum spanischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) beiträgt, sitzt – wie auch die meisten anderen 16 autonomen Regionen – auf einem hohen Schuldenberg. Insgesamt müssen die Regionen 2012 rund 35 Mrd. € umschulden, wobei Katalonien bei weitem die schwerste Last zu schultern hat. Inzwischen ist es jedoch für Katalonien nahezu unmöglich geworden, sich an den Märkten mit frischem Kapital zu versorgen, ohne dafür empfindlich hohe Zinsen zu zahlen. Auch die Rating-Agenturen misstrauen den Regionen. So hatte Standard & Poor's die Bonität Kataloniens vor wenigen Wochen nahezu auf Ramsch-Niveau abgestuft. Ähnlich abgeschnitten vom Markt ist etwa auch die Mittelmeerregion Valencia, die in diesem Jahr 8 Mrd. € an Schulden refinanzieren muss.

Seit langem fordern die Regionen daher vom Staat einen Mechanismus, der ihnen hilft, sich zu günstigeren Konditionen zu finanzieren. Dabei plädieren sie vor allem für die Ausgabe sogenannter «Hispano-Bonds», die von den Regionen gemeinsam aufgelegt und vom Finanzministerium garantiert werden sollen. Auch Kataloniens Regierungschef Artur Mas warb am Freitag für diese Option: Madrid könne nicht innerhalb der EU eine Einführung von Euro-Bonds zur Unterstützung der schuldengeplagten Mitgliedsländer fordern und den spanischen Regionen die Ausgabe von «Hispano-Bonds» verweigern, so Mas.

Hollande erntet Beifall für sozialistische Positionen

Widerstand des neuen Präsidenten gegen «Madame Merkel»

Tanja Kuchenbecker, Paris · Der neue französische Staatspräsident François Hollande bekommt für sein Eintreten für Euro-Bonds und Steuererhöhungen ein positives Echo. Französische Medien loben den Widerstand des Sozialisten gegen die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel diese Woche beim Treffen in Brüssel. Gleichzeitig würdigt die Rating-Agentur Moody's Investors Service seinen Plan, die Staatsfinanzen mittels höherer Einnahmen zu stabilisieren. Das starke Bekenntnis der neuen Regierung zur Schaffung tragfähiger Staatsfinanzen wirke sich positiv auf die Kreditwürdigkeit aus, hiess es in einer Moody's-Mitteilung. Allerdings bestehe weiterhin Unsicherheit über den fiskalpolitischen Konsolidierungskurs und das Wachstum. Folglich bleibt es für Frankreich beim «Aaa»-Rating von Moody's, wenn auch weiterhin mit negativem Ausblick.

Um seine Vorstellungen von «Wachstum» für Europa durchzusetzen, ist Hollande auf Distanz zur deutschen Kanzlerin gegangen. Zu seinen Vorschlägen für Europas Zukunft gehören gemeinsame europäische Anleihen, die sogenannten Euro-Bonds, mit denen die Bonitäten der EU-Mitgliedsländer vergemeinschaftet und verwischt würden. Ausserdem fordert Hollande eine noch stärkere Einbindung der Europäischen Zentralbank (EZB), um die Euro-Schuldenkrise zu bekämpfen. Merkel lehnt beides ab. Hollandes Vorgänger Nicolas Sarkozy war in Frankreich häufig kritisiert worden, weil er angeblich gegenüber Deutschland zu viel nachgegeben habe. Der neue Präsident vertritt bis jetzt seine sozialistischen Positionen und lässt sich von der Kanzlerin keine Vorschriften machen. Vielmehr sucht er sich dafür Verbündete in südlichen Euro-Staaten wie Spanien und Italien. Er habe ein anderes Konzept als «Madame Merkel», erklärte er.

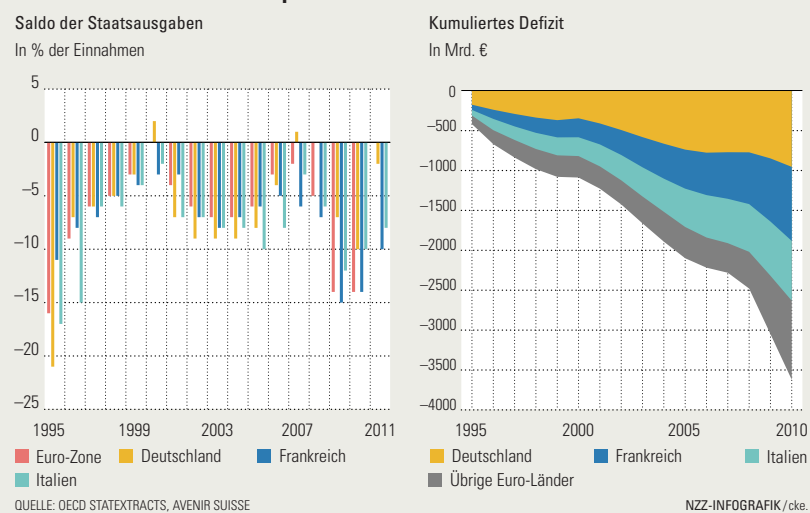
Deutlich wurde dieser Bruch zuletzt dadurch, dass Hollande am Mittwoch zusammen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Mariano Rajoy mit dem Zug von Paris zum Gipfeltreffen nach Brüssel fuhr. Die beiden hatten sich in Paris abgesprochen, es gab nicht wie üblich vorher ein deutsch-französisches Treffen. Viele französische Medien reagieren indessen positiv auf diesen Umbruch. Hollande habe sich gut gehalten, er habe nicht nachgegeben, lautet der Tenor. «Euro-Bonds, Wachstum, Griechenland, Hollande schiebt seine Schachfiguren voran», schreibt etwa «L'Express», er habe gepunktet.

Die französischen Zeitungen betonen auch, dass der Präsident mit seinen Forderungen gegenüber Angela Merkel zur Lösung nicht allein dastehe und im Kampf für Euro-Bonds neue Verbündete gefunden habe. Für viele Franzosen beweist Hollande, der vor seiner Wahl als eher weich und wenig durchsetzungsfähig galt, als Präsident Stärke. Er habe die Führungsrolle der deutschen Kanzlerin in Frage gestellt, sie sei in der Defensive, wird die deutsche Presse zitiert. Im Nachbarland herrschen aber die Zweifel vor, dass Hollande konkrete Resultate erzielen wird.

Hollande war in Brüssel unter Zwang und musste beweisen, dass er seine Position behauptet. Er hatte früher Sarkozy Schwäche im Umgang mit Merkel vorgeworfen. Auch Sarkozy hatte sich einst für die Euro-Bonds eingesetzt und dann nachgegeben. Bis zu den Parlamentswahlen am 17. Juni kann Hollande sich wohl nicht erlauben, Schwäche zu zeigen, denn Euro-Bonds gehören zu seinen Wahlversprechen. Beim EU-Gipfel Ende Juni wird sich zeigen, ob er bereit für Kompromisse ist. Eines hat er aber schon klargemacht: Er will Deutschland nicht alleine die Führungsrolle in Europa überlassen.

«Reflexe», Seite 26

Chronisch liederliche Finanzpolitik im Euro-Raum



DIE WIRTSCHAFTSPOLITISCHE GRAFIK

Gnadenloses Sparen

Anmerkungen zu begrifflichen Verwirrungen

G. S. · «Sparwut, Spardiktat, gnadenloses Sparen» – das sind einige Schlagworte, die derzeit die Medien bevölkern. Sie zeichnen das Bild eines Europa, das vor lauter Sparen nicht mehr zum Atmen kommt. Doch was meinen wir, wenn wir vom Sparen reden? Schon der weise Konfuzius wusste: «Wenn die Begriffe sich verwirren, ist die Welt in Unordnung.» Zur Klärung hilft ein Blick auf den privaten Haushalt. Dort heisst Sparen: etwas auf die Seite legen, weniger ausgeben als einnehmen. Manchmal wird auch von Sparen gesprochen, wenn weniger ausgegeben wird als bisher.

Keinen Cent gespart

Das ist allerdings nur dann Sparen, wenn die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Im umgekehrten Fall bedeutet es lediglich, weniger Schulden zu machen als im Vorjahr. Und kaum einmal mit richtigem Sparen im Sinne der Vermögensbildung hat es zu tun, wenn Schnäppchenjäger voller Stolz verkünden, sie hätten so und so viel gespart. In der Regel haben sie nur etwas besonders günstig erworben, das sie sonst kaum gekauft hätten. Meist erhöhen sie damit ihre Ausgaben und einen allfälligen Ausgabenüberschuss – das wäre das Gegenteil von Sparen.

Es ist zweckmässig, sich dieser Begrifflichkeit auch für Staaten zu bedienen. Wie also sieht es mit dem «gnadenlosen Sparen» in Europa aus? Von den grossen europäischen Ländern hat Frankreich – bzw. seine Regierung – seit 1995 in keinem einzigen Jahr auch nur einen Cent gespart. Es hat im Gegenteil Jahr für Jahr mehr ausgegeben als eingenommen – und das unter den Bedingungen von Maastricht, die eigentlich zu ausgeglichenen Haushalten hätten führen sollen. Die aufgeführte Grafik drückt dieses Defizit nicht in der beschönigenden Form eines Prozentsatzes des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus, sondern in Prozent der Einnahmen. Demgemäss betrug der Fehlbetrag in der Spitze 15%.

Über Verhältnisse gelebt

Andere Länder waren nicht besser. In den USA und in Grossbritannien (hier nicht abgebildet) übertrafen die Haushaltsdefizite in den letzten Jahren sogar die 20%-Schwelle, in den USA erreichten sie einmal gar 37%. Selbst das «sparwütige» Deutschland hat nur in zwei von zwanzig Jahren gespart, wobei ihm Sonderfaktoren wie die Versteigerung von UMTS-Lizenzen zu Hilfe kamen. In der Spitze erreichte das Defizit aber auch 21%, in Italien immerhin 17% der Einnahmen.

Es waren auch nicht, wie gerne behauptet wird, Stützungsmaßnahmen in der Folge der Finanzkrise, die die Staaten vom Pfad der Tugend und der Solidarität abbrachten, und es war davor nicht einfach die Wirtschaftsankurbelung, die zu roten Zahlen führte. Nein, die Staaten, alle Staaten, lebten schlicht über ihre Verhältnisse. Ganz im Gegensatz zu den Empfehlungen von John Maynard Keynes, der nun gerne beschworen wird, verhielten sie sich durchgehend

finanzpolitisch liederlich, auch in Phasen der Hochkonjunktur.

Die Folgen solchen Schuldenmachens sind offensichtlich: Die kumulierten Schulden stiegen von Jahr zu Jahr; die Länder verfügen nicht über Ersparnisse, die sie in Notfällen oder für besonders wichtige Projekte einsetzen könnten, sondern sie ächzen unter einem Schuldenberg.

Jahr für Jahr mehr Ausgaben

Die Grafik (rechts) zeigt ein starkes Aufblähen der kumulierten Defizite aller Euro-Länder seit 1995, also seit klar war, welche Länder sich mit Blick auf den Euro einem besonders disziplinierten Finanzgebaren zu unterziehen haben würden. 71% dieser Verschuldung der Euro-Zone entfallen auf die drei grossen Länder, die wohlgeachtet nur 65% des BIP des Euro-Raums erwirtschaften. Wie konnte man jemals glauben, dass so etwas nachhaltig sei?

Kann wenigstens von «Sparen» im Sinne von «weniger Ausgeben» gesprochen werden? Weil niemand auf die Idee käme, die Ausgabensteigerung eines Haushalts Sparen zu nennen, nur weil dieser sein Einkommen noch stärker zu steigern vermochte, halten wir uns hier an die absoluten Zahlen. Die meistverwendete Ausgabenquote (Ausgaben im Verhältnis zum BIP) sagt etwas aus über die volkswirtschaftliche Tragbarkeit der Ausgaben, nicht über die Rigorosität eines Sanierungskurses.

Auch hier das gleiche Bild: Im Euro-Raum stiegen die staatlichen nominalen Ausgaben im Beobachtungszeitraum ohne Unterbruch, so dass sie 2010 um 58% über dem Niveau von 1995 lagen. Die inflationsbereinigten Daten (sie liegen von Eurostat leider nicht vor) würden natürlich einen flacheren Verlauf zeigen, aber an der Grundaussage nichts ändern. Nur Deutschland ist der Blinde unter Einäugigen, weil das Ausgabenwachstum seit 1995 unter 20% liegt; es war allerdings davor, zwischen 1992 und 1995, wegen der Wiedervereinigung besonders hoch ausgefallen.

Deutschland hat 2011 seine Ausgaben tatsächlich zurückgefahren – um 1%. Italien hatte das bereits 2010 getan, aber 2011 die Ausgaben stärker erhöht, als das Land sie vorher zurückgenommen hat. Und in Frankreich stiegen die Ausgaben ohnehin munter weiter. Weder angesichts des Ausgabenwachstums der letzten Jahre noch angesichts jährlicher Defizite, die wesentlich höher liegen, wird da wohl «gnadenlos» gespart.

G. S. (Gerhard Schwarz) war fast 30 Jahre lang als Redaktor der NZZ tätig, davon mehr als die Hälfte als Leiter der Wirtschaftsredaktion. Heute ist er Direktor des liberalen Think-Tanks Avenir Suisse.

NZZ-ONLINE

Laufend aktualisierte Nachrichten, Analysen und Hintergründe.

www.nzz.ch